

Antrag auf Stellungnahme
gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG

der Abgeordneten Petra Steger
und weiterer Abgeordneter

betreffend TOP 1: RAT: 8231/22 Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates (30. und 31. Mai 2022) – Entwurf der Schlussfolgerungen (101113/EU XXVII.GP)

eingbracht in der Sitzung des EU-Hauptausschusses am 30. Mai 2022

Veto gegen Öl-Embargo

Ein Gas-Embargo gegen die Russische Föderation hätte katastrophale Folgen für Österreichs Bevölkerung, unsere Wirtschaft, Industrie und unseren Wohlstand. Doch bereits ein Öl-Embargo hätte besorgniserregende Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten der Österreicher und Österreicherinnen. Die Kostenlawine würde dadurch weiter steigen und die österreichische Bevölkerung noch massiver belasten.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) hat bereits Alarm geschlagen: Denn auch ein Öl-Embargo würde die Inflation in Österreich weiter anfachen, das Wirtschaftswachstum bremsen und Heizöl, sowie Treibstoffe, etwa Benzin und Diesel, verteuern.

Die Geschäftsführerin des Mineralöl-Fachverbands in der Wirtschaftskammer, Hedwig Doloszeski, machte darüber hinaus auf einen weiteren essenziellen Aspekt aufmerksam. Es ist zwar richtig, dass 2021 „nur“ etwa 8 Prozent der Öleinfuhren aus Russland stammten, doch nahezu 40 Prozent kamen aus Kasachstan. Russland könnte als Reaktion auf ein Öl-Embargo diese Ölimporte aus Kasachstan unterbinden, da die dafür vorgesehene Pipeline auch über südrussisches Territorium verläuft und über einen russischen Hafen verladen wird (Vienna.at 04.05.2022: Wifo warnt vor Folgen eines Ölembargos). In solch einem Szenario würde der Ausfall von Ölimporten für Österreich schon bei nahezu 50 Prozent liegen!

Energieexperte Johannes Benigni hält darüber hinaus fest, dass die Sanktionen gar nichts bringen, aber der europäischen Wirtschaft massiv schaden: *„[W]enn wir kein Öl kaufen von Russland, dann heißt das nur, dass wir Öl von weiter in der Ferne kaufen, dann erhöhen sich unsere Kosten. Das Öl von Russland wird zur gleichen Zeit nach Indien, nach China, in andere Länder fließen und Russland wird nach wie vor Einnahmen verzeichnen. Nachdem der Markt angespannt ist und die jetzige Situation der Verunsicherung und Verknappung im Markt zu höheren Preisen führt, bedeutet das nur, dass Russland mehr Einnahmen hat und Europa mehr zahlt“* (ZIB Nacht 02.05.2022: Ölembargo gegen Russland: Interview mit Johannes Benigni).

„Russland wird durch ein Embargo nicht beeinträchtigt, wir erreichen damit gar nichts, zahlen nur mehr. Das ist ein Schuss ins Knie“, so Benigni. „Für einen Experten gibt es keinen Grund, warum man das [Öl-Embargo] tun sollte“. Im Gegenteil: Wenn es das Ziel der EU ist, Russlands Einnahmen aus dem Handel mit Öl zu senken, müsste man für eine Stabilisierung des Ölmarktes sorgen und folgerichtig „alle den Ölmarkt betreffenden Sanktionen beenden“ (Die Presse 02.05.2022: Energieexperte: „Öl embargo gegen Russland ist Schuss ins Knie“).

Die Fakten geben dem Energieexperten Recht: Laut einer Analyse der Brüsseler Denkfabrik Bruegel sind die Öllieferungen aus Russland in Nicht-EU-Mitgliedstaaten sprunghaft angestiegen, etwa nach Indien und China (WirtschaftsWoche 11.05.2022: Russland weicht beim Öl-Verkauf auf Nicht-EU-Länder wie Indien aus).

Nicht ohne Grund regte sich in einigen EU-Mitgliedstaaten Widerstand gegen den Plan eines EU-weiten Öl-Embargos. Denn ein solches Embargo würde der europäischen Wirtschaft einen weiteren heftigen Schlag versetzen, ohne, dass man mit solch einer Maßnahme den russischen Ölexporten und den durch selbige lukrierten Einnahmen zusetzen könnte. Die ungarische Regierung beispielsweise stellt die Aufrechterhaltung der eigenen Wirtschaft und die Absicherung der Interessen des eigenen Volkes über die Schnellschuss-Politik der Europäischen Union. Ungarn hat deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es gegen das Vorhaben eines Öl-Embargos von seinem Vetorecht Gebrauch machen würde. *„Ungarn wird nicht für dieses Paket stimmen, denn die ungarischen Menschen dürfen nicht den Preis für den Krieg bezahlen“,* sagte Außenminister Peter Szijjarto im Budapester Parlament. Und weiter: *„Dieser Brüsseler Vorschlag kommt einer Atombombe gleich, die auf die ungarische Wirtschaft abgeworfen wird“* (Tagesschau 09.05.2022: Ungarn kündigt Veto gegen Öl-Embargo an).

Es wäre an der Zeit, dem Beispiel Ungarns zu folgen, und endlich die Interessen des eigenen Landes und seiner Bürger höher zu achten, als die Knieschuss-Politik der Europäischen Union.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten daher nachstehenden

**Antrag auf Stellungnahme
gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG**

„Die österreichische Bundesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen weiterer EU-Sanktionsmaßnahmen gegen die Russische Föderation gegen ein Öl-Embargo auszusprechen und ein solches nötigenfalls mit ihrem Vetorecht zu verhindern.“

Das gegenständliche Vorhaben ist auf die Erlassung eines verbindlichen Rechtsaktes gerichtet, der sich auf die Erlassung von Bundes(verfassungs)gesetzen auf dem im Rechtsakt geregelten Gebiet auswirken würde.